

Eine weitere Sonntagsrede?

Politische Bildung: „Kinder gegen Hass immun machen“, FR-Politik vom 12.11.

Bundesfamilienministerin Franziska Giffey möchte ich nicht die gute Absicht absprechen, wenn sie erklärt, dass es Ziel und Zweck des sechzehnten Kinder- und Jugendberichts ist, „politische Teilhabe, politische Beteiligung, politische Bildung“ sicherzustellen. Doch Bascha Mika ist gewiss zustimmen, wenn sie darauf hinweist, dass an den Schulen wenig Beistand festzustellen ist, wenn es darum geht, bei diesen Lernzielen mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt zu helfen.

Die Realität in dieser Republik ist, dass es gerade in den nicht weiterführenden Schulen ein großes Defizit an politischer Bildung gibt. Tatsache ist doch, dass in den Familien so gut wie keine politischen Werte vermittelt werden und dass sich in vielen Schulen hierzulande, hauptsächlich in den Hauptschulen und berufsbildenden Schulen, autoritäres Denken und antidemokratische Verhaltensweisen regelrecht eingenistet haben.

Angesichts zunehmendem Rechtsextremismus gerade auch bei jungen Menschen müssten die Bildungspolitiker erkennen, dass eine demokratiefördernde Herangehensweise mit deutlich demokratischen, emanzipatorischen und antirassistischen Lerninhalten dringender denn je notwendig ist. Demokratievermittlung müsste daher gerade jetzt absoluten Vorrang in den Schulen haben.

In der Tat, es geht darum, das Förderprogramm „Demokratie leben“ den Schulen zugute kommen zu lassen. Das Ganze wäre ein dringend notwendiger Schritt zur Bekämpfung des rechten Extremismus bei uns. Es wird also darauf ankommen, die theoretisch positiv zu bewertende Absichtserklärung von Franziska Giffey in der Praxis auch durchzuführen.

Deklaratorische Bekundungen und Sonntagsreden gegen Rechts haben wir schon oft gehört, ohne dass diesen Absichtserklärungen auch Taten gefolgt wären.

Manfred Kirsch, Neuwied

Ablenkung von schlechter Leistung der C-Minister

Entweder will die Prüfungskommission der Freien Universität Berlin Franziska Giffey madig machen oder sie betreiben eine Art Beschäftigungstherapie.

Nachdem bei der Arbeit, die im Übrigen mit der höchsten Benotung abgeschlossen wurde, die erteilte minderschwere Rüge aufgehoben wurde, nehmen die Damen und Herren des Prüfungsgremiums dies zum Anlass, die Dissertation erneut zu prüfen.

Unserer Meinung nach hat entweder die Prüfungskommission bei der ersten Prüfung furchtbar „geschludert“, oder eine erneute Prüfung ist pure Schikane, um eines der besten Mitglieder des Kabinetts „Merkel“ zu desavouieren.

Hoffentlich ist die ganze Aktion nicht parteipolitisch motiviert, um von der grottenschlechten Leistung mancher C-Minister abzulenken.

Anita + F. W. Osterloh, Frankfurt

Ein positives Bekenntnis zu Schutzmaßnahmen

Zu: „Wie schützen wir alte Menschen?“ und weitere Corona-Berichte wie „Schulen bleiben im Regelbetrieb“, FR-Politik und -Regional vom 12. November

Nicht alle „Alten“ leben im Heim

Zwei Dinge stören mich an Ihrem Artikel bzw. an manchen Diskussionen, die jetzt im Zusammenhang mit der Pandemie geführt werden: Erstens sind nicht alle „alten Menschen“ in Pflegeheimen oder Seniorenheimen. Nächstes Jahr werde ich 75 Jahre alt, habe „normale“ Altersbeschwerden, gehöre also zur Gruppe der besonders Gefährdeten. Aber ich bin weder dement noch im Altersheim, sondern stehe „mitten im Leben“. Ich habe erst im letzten Jahr meine berufliche Tätigkeit vollständig abgeschlossen, verreise öfter (natürlich in diesem Jahr nur einmal in einen kurzen Sommerurlaub), unternehme Besichtigungsausflüge in die Berliner Umgebung, treffe Freunde...

Und zweitens betreue ich meine Enkel regelmäßig. Da gibt es keinen „Generationenkonflikt“! Im Gegenteil: Ohne die Hilfe von uns Großeltern könnten unsere Söhne und Schwiegertöchter jeweils nicht beide voll berufstätig sein. Wir springen ein, wenn die Kindergartenkinder erkältet sind, die Schulkinder Ferien haben, die Eltern wichtige berufliche Termine haben oder sich mal ein Wochenende alleine ohne Kinder erholen wollen. Und wir sind nicht die Einzigen, die so ihre Kinder unterstützen: Mindestens vier meiner Freundinnen sind genauso gefordert!

Silke Göbel, Berlin

Wirkungslose Vorwürfe und Mahnungen

Nun hat Frankfurt also die höchste Inzidenz in Hessen und bundesweit auch einen der Spitzenplätze. Wo sind die Gegenstrategien des OB, des Gesundheitsdezernenten und des Leiters des Gesundheitsamtes? So zum Beispiel endlich eine Maskenpflicht in ganz Frankfurt, begleitet von einer attraktiven, akzeptierenden Öffentlichkeitsarbeit und freundlichen Masken-Scouts, die sich um die Einhaltung kümmern? Nein – stattdessen werden in Zeitungsartikeln Klagen über „unvernünftige Menschen“ geführt, die nach wie vor in der City ohne Masken rumlaufen, immer noch nichts zu be-



Hausecke mit Nasenbedeckung in Berlin.

WOLFGANG KRUMM, DPA

fürchten haben und die diese Artikel sowieso nicht lesen. So zum Beispiel endlich ein wirksamer Schutz der Risikogruppen durch kostenlose FFP2-Masken, durch extra ausgewiesene Laden-Öffnungszeiten, durch Erstattungen von Taxi-Nutzungen als Alternative zum riskanten ÖPNV, durch flächendeckende Schnelltests in der Altenpflege? Nein, stattdessen Mahnungen und Vorwürfe, die nun schon monatelang wirkungslos sind.

Den Schuldigen für die Frankfurter Entwicklungen hat der Gesundheitsdezernent auch schon gefunden: Bund und Länder seien mit ihren Beschlüssen zum gegenwärtigen Lockdown zu spät. Statt aber die Schuldigen woanders zu suchen, sollten die städtischen Verantwortlichen schnellstens die dringend notwendigen Maßnahmen in Angriff nehmen.

Übrigens: Statt mit Begrifflichkeiten wie „Daumenschrauben“ durchblicken zu lassen, dass man all diese Maßnahmen repressiv deutet und ablehnt, sollte man sich auch im Worting positiv zu wirksamen Schutzmaßnahmen bekennen und damit deren Akzeptanz offensiv fördern.

Marion Reinhardt, Frankfurt

Die vermeintliche Freiheit der Anderen

Corona-Leugner und „Querdenker“ betonen, dass ihre Freiheit beschränkt oder ihnen genommen wird. Welche Folgen hat diese Freiheit für uns alle? Viel mehr Menschen erkranken an Corona durch das rücksichtslose Verhalten, die Gesundheit von vielen wird dadurch gefährdet, teilweise mit lebenslangen Einschränkungen oder dem Tod der Erkrankten, Arbeitsplätze und Existenzen werden zerstört, die Krankenhäuser sind überlastet, so dass im schlimmsten Fall die Triage, d.h. die Priorisierung der Erkrankten, notwendig wird, ein Teil der Patienten keine angemessene Behandlung erhalten kann. Diese „Freiheit“ beruht auf völliger Verantwortungslosigkeit, jedoch im Fall der eigenen Erkrankung wollen sie dann, dass die Mitbürger mit ihnen solidarisch sind. Diese „Freiheitsfreunde“ erweisen sich als gewissenlose ... Täter.

Bernhard Feldhaar, Erlangen

Mama, wo sind die anderen Laternen?

Kürzlich war St. Martin. Nach einem stressigen Tag im erzwungenen Homeoffice machte ich ei-

nen Spaziergang durch Walldorf. Vereinzelt fielen mir Familien auf, die mit ihren Kindern und Laternen durch die Straßen zogen. In einer der in Normalzeiten belebten Straße kam mir auf der gegenüberliegenden Straßenseite als einzige Fußgänger die Eltern mit Oma und Filius entgegen und waren in eine Unterhaltung bzw. Erklärung für den kleinen Jungen entgegen. Der Junge sagte dann laut hörbar und weinerlich zu seinen Eltern: „Aber Mama, wo sind die anderen Laternen?“

Er hatte recht. Kein offizieller Umzug, alles mit Maske. Einsamkeit auf ganzer Linie. Mir kamen in diesem Moment die Tränen. Ist schon für alle eine Sch... Zeit.

René Heinemann, Mörfelden-Walldorf

Herr Bouffier hat Geld für Luftreinigungsgeräte

Ich höre immer, es sei kein Geld für Luftreinigungsgeräte in Schulklassen vorhanden. Vorschlag von mir: Einfach mal Herrn Ministerpräsident Volker Bouffier fragen, aus welchem Topf die Geräte finanziert wurden, die in seiner Staatskanzlei aufgestellt wurden.

Gert Gätke, Weilrod

Diskussion: frblog.de/coronakritiker

So lange die Medien solche Skandale öffentlich machen

BAMF Bremen: Erwidern auf „Rechte Argumente im Behördenalltag“, FR-Forum vom 14. November

Jochim Maack und Dr. Ernst Girth beschreiben klar das Dilemma in Verwaltung und Politik. „Rechte Argumentation“ hat sich aber nicht erst in den letzten Jahren in den Alltag von Behörden hineingefressen. Sie war nie draußen. Wie menschenverachtend mit Menschen in unseren Behörden immer noch umgegangen wird, darf man nicht öffentlich beschreiben. Die Opfer des institutionellen Rassismus leiden meistens still. Sind auch meist wehrlos. Klar, die meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Behörden sind bemüht, den

Menschen so zu begegnen, dass ihre Würde nicht verletzt wird. Aber es ist Tatsache: Es gab nie eine wirkliche Entnazifizierung in den Behörden, und der gefährliche Virus des Rassismus, dazu gehört auch der Antisemitismus, hat auch jüngere Generationen, nicht nur bei den Sicherheitskräften, sondern z.B. auch in Ausländerbehörden befallen. Ich weiß mit 35 Jahren Erfahrung in der Arbeit für Menschen mit Migrationshintergrund mehr, als ein Buch füllen würde.

Denn jetzt wieder, wie der Bamf-Skandal zeigte und der

jetzt zutage tretende eigentliche Skandal zeigt, sind es parteipolitisch fabrizierte Skandale. Der „Bamf-Skandal“ hatte nur ein Ziel: Der CSU Innenminister und viele seiner Parteifreunde wollten die Wähler an sich binden, damit sie nicht zu verfassungsfeindlichen Parteien nach rechts abwandern. Die sind trotzdem abgewandert!

Aber selbst die Verfassung zu decken, um Wähler zu binden? Was ist das? Dazu – und das ist der eigentliche Skandal – wurden Verwaltungen und Menschen benutzt. Das ist gegen unsere Werte,

gegen unsere Verfassung. Das ist kaum wieder gutzumachen.

Dann auch noch die Propaganda gegen Menschen betreiben, die Opfer der Kriegspolitik, auch der des Westens sind, die sich nicht wehren können, das ist ... Worte fehlen mir da! Wenn so Parteien weiter Politik machen, ist unsere Demokratie verloren. Aber ich glaube, wir kriegen die Kurve, so lange die Medien solche Skandale noch öffentlich machen.

Willi Hausmann, Hanau

Diskussion: frblog.de/lf-20201109